

In dieser Ausgabe

Bildungsgipfel: Keine Einsparungen bei Bildung und Forschung, S. 2

Arbeitslosenzahl ist gesunken/Meilenstein Jobcenterreform, S. 3

Berlin intern



Informationsschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz für den Wahlkreis Dortmund

Sparpaket der Bundesregierung:

Haushalt und Finanzen sanieren

Wie die vergangenen Wochen der Euro-Krise gezeigt haben, steht Deutschland vor gewaltigen Herausforderungen. Wir müssen Deutschland und Europa deshalb fit für die Zukunft machen. Grundlage dafür ist, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und gleichzeitig in Bildung und Forschung zu investieren.

Deutschland ist gut durch die internationale Finanz- und Währungskrise gekommen. Das entschlossene Handeln der Bundesregierung hat die Wirtschaft stabilisiert, Arbeitsplätze gesichert und unsere Währung vor Angriffen von außen bewahrt. Der Preis für diese Stabilität ist allerdings eine so noch nie dagewesene Neuverschuldung.

Dieser Weg war aber richtig. Ohne Stützungsmaßnahmen wäre es zu enormen Verwerfungen gekommen. Jetzt gilt es, die Verschuldung Schritt für Schritt zurückzuführen und den Weg einer konsequenten Haushaltssanierung zu gehen.

80 Milliarden Euro - Ersparnis beschlossen

Deshalb hat die Bundesregierung ein Sparpaket von 80 Milliarden Euro bis 2014 beschlossen. Leitgedanke dafür war, in Deutschlands Stärken zu investieren. Dazu zählen Kinder und Familien, Bildung, Forschung und Technologie sowie Verkehr. Diese Bereiche sind wesentlich für künftiges Wachstum und Beschäftigung. Zugleich sichert ein fairer Lastenausgleich die soziale Balance. Die bisherigen

Schutzschirme wie etwa die Rentengarantie haben weiter Bestand.

Wichtigste Eckpunkte sind:

- Beteiligung der Banken über eine Abgabe und eine international abgestimmte Finanztransaktionssteuer an den Krisenkosten.
- Einführung einer Brennelementesteuer und damit eine zusätzliche Besteuerung von Erträgen aus Laufzeitverlängerungen von Kernkraftwerken.
- Einführung einer Luftverkehrsabgabe, die sich nach ökologischen Kriterien wie Lärm und Energieverbrauch bemisst.
- Verzicht auf die Erhöhung von Sonderzahlungen für Bundesbeamte und Abbau von 10 000 Stellen bis 2014.
- Ausfall des Zuschlags beim Übergang vom Arbeitslosengeld I (ALG I) zum ALG II und des Beitrags zur Rentenversicherung bei ALG II-Empfängern. Erhalt von Rentenansprüchen und Anspruch auf Grundsicherung.
- Senkung der Quote für die Berechnung des Elterngeldes

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

um zwei Prozentpunkte auf 65 Prozent des Nettolohns ab 1 240 Euro monatlich. Streichung des Elterngeldes bei ALG II-Empfängern. Investition der Einsparungen in Bildungsangebote für Kinder aus betroffenen Familien.

Mit diesen sozial ausgewogenen und zukunftsorientierten Maßnahmen erhält die Verschuldung unseres Landes eine wirksame Bremse. Zugleich schaffen wir mit zwölf Milliarden Euro zusätzlicher Investitionen in Bildung und Forschung neue Wachstumsimpulse, die unser Land stark machen und eine gute Zukunft sichern.

Kreditmediator – Vermittler zwischen Kreditwirtschaft und Unternehmen

Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und FDP vereinbart, einen Kreditmediator einzusetzen, damit dieser als neutraler und Bank unabhängiger Ansprechpartner in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise zwischen Kreditwirtschaft und Unternehmen vermitteln kann.

Seit Ende März 2010 können mittelständische Unternehmen, deren Kreditwunsch in einer Größenordnung von mindestens 25 000 Euro vom Kreditinstitut innerhalb der vergangenen drei Monate abgelehnt wurde, einen Antrag auf Kreditmediation stellen (www.kreditmediator-deutschland.de). Neben Unternehmen können auch gewerblich tätige Freiberufler ein Mediationsverfahren beantragen.

Sparpaket für günstigere Arzneimittel

Das Bundeskabinett hat den zweiten Teil des Sparpakets von Bundesgesundheitsminister Rösler mit einem Einsparvolumen von zwei Milliarden Euro beschlossen.

Ziel ist es, die rasant steigenden Arzneimittelausgaben der Gesetzlichen Krankenkassen einzudämmen. Das Gesetz tritt zum 1. Januar 2011 in Kraft.

Darüber hinaus müssen Pharmaunternehmen künftig den Nutzen neuer Arzneien nachweisen und Erstattungsbeträge mit den Krankenkassen aushandeln. Die Pflicht, klinische Prüfungen zu veröffentlichen, dient dem Interesse von Ärzten

und Patienten, weil nähere Einzelheiten über Eigenschaften und Nutzen der Medikamente in Erfahrung gebracht werden können.

Bildungsgipfel: Keine Einsparungen bei Bildung und Forschung

Bund und Länder haben sich auf einen Qualitätspakt für eine bessere Lehre verständigt. Er wird zu besseren Studienbedingungen und mehr Exzellenz in der Lehre führen. Der Bund stellt dafür zwei Milliarden Euro bereit.

Mit dem Qualitätspakt für gute Lehre soll dafür gesorgt werden, dass das Niveau der Ausbildung an den Hochschulen auch bei steigenden Studierendenzahlen hoch bleibt und noch verbessert wird. BAföG und Stipendiengesetz sollen niemanden aus finanziellen Gründen am Studium hindern und gute Leistung im Studium belohnen. Darüber hinaus sollen mit Bildungsketten und Bildungsstellen benachteiligte Kinder eine frühe und intensive Förderung erfahren und eine bessere Perspektive für ihre Zukunft erhalten.

Bund und Länder bekennen sich trotz massiver Sparnotwendigkeiten weiter grundsätzlich dazu, bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investieren zu wollen.

Der Bund steht zu seiner Zusage, 40 Prozent der Finanzierungslücke zu übernehmen, um den Ländern bei der Erfüllung des Zehn-Prozent-Ziels zu helfen.

Kita-Ausbau hat höchste Priorität

Der Ausbau von Kinderbetreuungskosten hat für die Union weiterhin höchste Priorität, weil nur so der Bedarf bis zum Jahr 2013 gedeckt werden kann. Das Sondervermögen für den Kita-Ausbau ebenso wie der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz bleibt unangetastet. Das hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder in der Haushaltsklausur der Bundesregierung klargestellt.

Während in Ostdeutschland 56,7 Prozent der einjährigen Kinder in Tagesstätten betreut werden, sind es in Westdeutschland nur 12,4 Prozent.

Wir müssen für junge Familien weiter bessere Bedingungen schaffen, damit sie Familie und Beruf unter einen Hut bringen können. Junge Familien dürfen mit ihren Betreuungsproblemen nicht allein gelassen werden, weil sie sich sonst gegen Kinder entscheiden. Das wäre für unser Land die schlechteste und teuerste Alternative.

Arbeitslosenzahl ist gesunken

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Juni 2010 um 88000 auf 3,15 Millionen gesunken. Gegenüber dem Juni des Vorjahres verringerte sich die Zahl der Jobsuchenden demnach um 257 000. Damit liegt die Arbeitslosenquote bei 7,5 Prozent.

Diese Verringerung ist das Ergebnis der unionsgeführten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zur Überwindung der Krise und zeigt, dass die positive Konjunktorentwicklung und der unvermindert anhaltende Nachfragetrend zum Beispiel aus dem Bausektor, dem Groß- und Einzelhandel oder dem Gesundheits- und Sozialwesen immer stärker den Arbeitsmarkt erreicht. Dies ist eine wichtige Basis, um gerade auch Langzeitarbeitslosen den Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu ebnet.

Meilenstein Jobcenterreform

Mit der gesetzlichen Neuregelung der Organisation der Jobcenter haben CDU und CSU ihr Ziel, Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen, und zwar möglichst in den ersten Arbeitsmarkt, viel besser als bisher erreicht.

Dass sich die Reform an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet, wird an den deutlich verbesserten Bedingungen für die Arbeitsvermittlung in den Jobcentern ersichtlich:

- Die Betreuungsrelation von Fallmanagern und Arbeitslosen verbessert sich deutlich.
- Künftig werden Vermittlungsziele vereinbart, deren Erfolg mit einem bundesweiten Kennzahlenvergleich auf allen Ebenen in einem Kooperationsausschuss, in der Bund-Länder-Kommission und in örtlichen Beiräten kontrolliert wird.

- Das gilt auch für die Optionskommunen, deren Existenz nun dauerhaft gesichert ist und die auf bis zu 110 ausgeweitet werden können. Die Kommunen haben jetzt die freie Wahl, in einem geregelten Verfahren zu einer eigenverantwortlichen „Optionskommune“ zu werden.

Dauerhafte Gestaltung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Die Reform der Jobcenter ist aber nur ein erster Schritt. CDU und CSU werden alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf Effektivität, Notwendigkeit und Zielgenauigkeit überprüfen, neu fassen und sich für eine dauerhafte Gestaltung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente stark machen. Wir werden darüber hinaus mit neuen Regelungen des Hinzuverdienstes stärkere Arbeitsanreize schaffen.

Wehrrechtsänderungsgesetz 2010

Mit der Verabschiedung des Wehrrechtsänderungsgesetzes 2010 wird die Entscheidung im Koalitionsvertrag umgesetzt, die Dauer des Grundwehrdienstes bis spätestens Januar 2011 von neun auf sechs Monate zu verkürzen. Dies wirkt sich unmittelbar auf das Wehrpflichtgesetz und mittelbar auf das Zivildienstgesetz aus.

Die Änderung tritt zum 1. Dezember 2010 in Kraft und gilt rückwirkend für alle Wehr- und Zivildienstleistenden, die seit dem 1. Juli 2010 ihren Dienst leisten.

Die Union hat in den Beratungen gleichzeitig deutlich gemacht, dass die Wehrpflicht im Rahmen einer umfassenden Sicherheitsvorsorge gewachsener Bestandteil christlich-demokratischer Verteidigungspolitik ist und deshalb keinen Sparzwängen geopfert werden kann.

Hohe Qualität des Zivildienstes wird gesichert

Um auch in Zukunft die Durchführbarkeit des Zivildienstes sicherzustellen, war für die Union eine freiwillige Anschlusslösung nach dem Pflichtdienst unverzichtbar. Künftig können junge Zivildienstleistende ihren Pflichtdienst um mindestens drei und

höchstens sechs Monate verlängern. Mit Einführung eines freiwillig verlängerbaren Zivildienstes wird die einstimmige Prüfeempfehlung der Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“ umgesetzt und der Stabilität des Systems gedient. Die freiwillige Verlängerung liegt zugleich im Interesse der zu betreuenden Menschen sowie der Träger und Einsatzstellen, die so den Zivildienstleistenden auch anspruchsvolle Tätigkeiten anbieten können.

Haushalt 2011

Die Regierung wird den Haushalt 2011 voraussichtlich am 7. Juli verabschieden. Das Haushaltsbegleitgesetz soll Ende August vom Kabinett beschlossen werden, die erste Lesung im Deutschen Bundestag ist für die Sitzungswoche vom 13. September geplant.

Fritz im Plenum

Erich G. Fritz hat am 10. Juni 2010 eine Rede im Deutschen Bundestag zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE „EU-Kolumbien-Peru: Mitwirkungsrecht des Deutschen Bundestages sichern“ gehalten. Fritz begrüßte die Einigung auf ein solches Freihandelsabkommen und versicherte, dass CDU und CSU bei weiteren Debatten über Freihandelsabkommen sorgfältig darauf achten werden, dass die durch den Lissabon-Vertrag gewachsenen Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte des Bundestages gewahrt werden. Der bisherige Beratungszeitplan mache entgegen des Eindrucks, den der Linken-Antrag vorgaukle, keine hektischen Aktivitäten erforderlich. Sie können die gesamte Rede auf der Homepage www.erich-fritz.de in der Rubrik Aktuelles nachlesen.

G-20-Gipfel: Industrie- und Schwellenländer beschließen Schuldenabbau

Die G-20-Staaten haben sich auf ihrem Gipfel in Toronto/Kanada zu einer umfassenden Konsolidierung ihrer Haushalte verpflichtet: sie sollen bis zum Jahr 2013 ihre Defizite halbieren und ab 2016 mit dem Abbau ihrer Staatsschulden beginnen.

Leider ist es den europäischen Gipfelteilnehmern nicht gelungen, beim Thema Finanzmarktsteuer und Bankenabgabe eine Einigung auf Ebene der G-20 zu erreichen. Deshalb muss nun Europa alleine voranschreiten und sich einen Ordnungsrahmen geben, der die Banken in die Verantwortung nimmt. Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang schon Ende März Eckpunkte für eine Bankenabgabe beschlossen. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll vom Kabinett noch vor der Sommerpause beschlossen werden.

G8 und G20 setzen auf bilaterale Verträge

Die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer sehen keine Chance für den zügigen Abschluss eines neuen Welthandelsabkommens. Erstmals seit Jahren verzichten G8 und G20 auf das bisher übliche Versprechen, die Doha-Runde schnell zu beenden und setzen stattdessen auf bilaterale Verträge.

Letzte Meldung: Christian Wulff (CDU) zum Bundespräsidenten gewählt

Christian Wulff ist im dritten Wahlgang von 625 Mitgliedern der insgesamt 1 244 Bundesversammlung zum neuen Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden.

Der bisherige niedersächsische Ministerpräsident wird damit nach seiner Vereidigung am 2. Juli 2010 zehnter Bundespräsident des Landes.

Christian Wulff ist der richtige Mann in diesen Zeiten. Er kann alle im Land mitnehmen, jede Bevölkerungsschicht und jede Generation. Wulff besitzt die Fähigkeit, den Menschen Mut zu machen, ihnen Optimismus zu schenken, sie zu Engagement zu motivieren und diesem Engagement auch Anerkennung zu verschaffen. Vor allem aber ist es von großer Bedeutung, dass in den nächsten Jahren eine von der Regierungsmehrheit gestellte Persönlichkeit das Amt inne hat.